



HESSISCHER LANDTAG

11. 07. 2023

Plenum

Entschließungsantrag

Fraktion der CDU,**Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN****Hessen gibt Antworten auf soziale Herausforderungen**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag betont, dass es insbesondere in herausfordernden Zeiten klare und wirkungsvolle Antworten braucht. In Folge des russischen Angriffskriegs belasten steigende Energiekosten sowie die hohe Inflation viele Menschen zunehmend. Die Landesregierung hat in diesem Zusammenhang einen Energie-Härtefallfonds über 30 Millionen Euro bereitgestellt, um Privatpersonen, die wegen der Preissprünge auf den Energiemärkten in Not geraten sind, vor Energiesperren zu schützen. Während anderenorts Gelder für soziale Projekte gekürzt werden, investiert Hessen weiter Rekordsummen.
2. Der Landtag unterstreicht, dass im bundesweit einzigartigen hessischen Sozialbudget finanzielle Mittel für soziale Projekte im Landeshaushalt abgesichert und von Kürzungen ausgenommen sind. Damit unterstützt Hessen die soziale Infrastruktur von Vereinen, Verbänden und Initiativen planungssicher. Von ursprünglich rund 51 Millionen Euro im Jahr 2014 ist das Sozialbudget auf inzwischen 134 Millionen Euro angewachsen. Damit kann Menschen in schwierigen Lebenssituationen geholfen, Armut verringert und gesellschaftliche Teilhabe gestärkt werden. Von den Mitteln profitieren etwa Frauenhäuser, das Zukunftsprogramm Geburtshilfe (Sicherung der Hebammenversorgung), die Sprachförderung im Kindergartenalter, die medizinische Versorgung im ländlichen Bereich, die Antidiskriminierungsarbeit, der Kinderschutz und das Integrationsprogramm WIR.
3. Der Landtag befürwortet die Einführung des Hessenpass mobil als günstiges Mobilitäts-Angebot für Menschen mit geringem Einkommen. Für 31 Euro im Monat können sie damit ein deutschlandweit geltendes Ticket für Bus und Bahn erhalten. Das neue Angebot ergänzt die bisherigen landesweit gültigen Tickets mit Flatrate-Charakter für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende, Landesbedienstete, Freiwilligendienstleistende oder Menschen über 65 Jahre.
4. Der Landtag stellt fest, dass Gemeinwesenarbeit die gleichberechtigte Teilhabe und das gesellschaftliche Miteinander in benachteiligten Quartieren voranbringt. Menschen in sozialen Problemlagen erfahren damit die Unterstützung, die sie benötigen. In Stadtteilen und Quartieren mit besonderen sozialen und integrationspolitischen Herausforderungen wurde die Gemeinwesenarbeit beständig ausgebaut. Derzeit werden 72 Standorte gefördert. Seit 2015 sind somit 67 Standorte hinzugekommen. Im Jahr 2023 stehen für das Landesprogramm Gemeinwesenarbeit bis zu 8,75 Millionen Euro zur Verfügung.
5. Der Landtag befürwortet den beständigen Ausbau von Familienzentren, die durch ihr vielfältiges Angebot an Bildungs-, Betreuungs- und Beratungsformaten Familien-Unterstützung anbieten. Inzwischen gibt es 214 vom Land geförderte Familienzentren überall in Hessen – seit 2014 sind damit über 100 neue Zentren entstanden und das Land hat seine finanzielle Unterstützung ausgeweitet. Außerdem hat Hessen eine Servicestelle geschaffen, die die Familienzentren vernetzt, fachlichen Austausch ermöglicht und dazu beiträgt, das gute Ideen miteinander geteilt werden.
6. Der Landtag erkennt an, dass das Land die Schulen an den Orten mit den größten Herausforderungen gezielt unterstützt. Im Rahmen der 2018 eingeführten unterrichtsbegleitenden sozialpädagogischen Unterstützung (UBUS) stehen inzwischen über 1.100 Stellen zur Verfügung. Dabei kommen diese Ressourcen vorrangig Schulen zugute, die aufgrund des Förderbedarfs ihrer Schülerschaft vor besonderen Herausforderungen stehen. Außerdem stehen 50 Stellen für Schulgesundheitsfachkräfte und 120 Stellen für die Schulpsychologie an den Schülern zur Verfügung.

7. Der Landtag unterstreicht die außerordentliche Bedeutung der hessischen Arbeitsmarktförderung, die Menschen effektiv hilft, ihren eigenen Lebensunterhalt zu verdienen. Besonders nimmt das Land benachteiligte Menschen in den Blick, die große Schwierigkeiten haben, den Weg in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu finden. Die Landesregierung unterstützt gezielt u. a. die Qualifizierung und Einbindung von Langzeitarbeitslosen, Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte, Alleinerziehenden, Menschen mit Behinderungen oder Geringqualifizierten. Allein für das Ausbildungs- und Qualifizierungsbudget stehen in diesem Jahr über 27 Millionen Euro bereit. Im Rahmen des REACT-EU-Programms leiten wir 54 Millionen Euro in 24 regionale Arbeitsmarktprojekte weiter mit dem Ziel diese langfristig zu stärken und soziale Folgen der Corona-Pandemie abzumildern.

Begründung:

Erfolg mündlich.

Wiesbaden, 11. Juli 2023

Für die Fraktion
der CDU
Die Fraktionsvorsitzende:
Ines Claus

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Mathias Wagner (Taunus)